

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

65. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rothberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. O. Rothberg in Frankenberg i. Sa.

Erscheinung an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 A 50 S, monatlich 60 S. Frägerlohn extra. — Einzelnummern laufende Monate 5 A, festere Monate 10 A. **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabehäusern, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetales. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht abgenommen werden. — 61. **Telegramme:** Tageblatt Frankenbergflöha.

Anzeigenpreis: Die 5-gesp. Zeitspalte oder deren Raum 15 A, bei Totalanzeigen 12 A; im amtlichen Teil pro Zeile 40 A; „Eingeladene“ im Redaktionsbüro 30 A. Für schwierigen und tabellarischen Satz Ausschlag, für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Aufnahme werden 25 A Extragebühr berechnet. **Inseraten-Aufnahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Abonnements auf das Tageblatt

auf Monat November nehmen unsere Tageblattaufträge und unsere bekannten Ausgabestellen in Stadt und Land, sowie alle Postanstalten entgegen.

Nachdem das königliche Ministerium des Innern den **Plan für die Enteignung** von Grundeigentum und Rechten zum Zwecke der Beseitigung von Schienenübergängen der Eisenbahnlinie Dresden-Berden und des späteren viergleisigen Ausbaues dieser Linie in der Flur **Oberwiesla endgültig festgestellt** hat, wird dies hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der endgültig festgestellte **Plan während 14 Tagen**, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, zur Einsicht der Beteiligten sowohl an Amtsstelle der unterzeichneten Enteignungsbehörde, als auch im Geschäftszimmer der Eisenbahn-Vorinspektion Flöha **ausliegt**.

Widersprüche gegen die endgültige Feststellung sind nur bis zum Ablauf der vorerwähnten Auslegungsfrist von **14 Tagen** und nur insoweit zulässig, als sie auf Tatsachen gestützt werden, die erst nach dem Feststellungsstermine eingetreten oder den Beteiligten ohne ihr Verschulden erst nach diesem Termine bekannt geworden sind. Flöha, am 26. Oktober 1906.

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Am heutigen Tage ist auf Blatt 419 des hiesigen Handelsregisters die Firma **Arminius-Zeppich-Weberei Fritz Voewenthal** in Frankenberg und als deren Inhaber der Kaufmann und Fabrikant **Fritz Voewenthal** in Chemnitz eingetragen worden. Frankenberg, den 26. Oktober 1906.

Königliches Amtsgericht.

Politische Wochenschau.

** In der verflochtenen Woche stand man wieder einmal unter dem Eindruck einiger Reichstagswahlen. Uns Sachsen sprachlich ging der Auslauf der Kämpfe in Döbeln-Rothwein an. Da hat man denn außer den schon in unserem gleich nach der Wahl erschienenen Leitartikel niedergelegten Wahnergebnissen verschiedene Lehren zu beobachten können. Zunächst ist die „Dank“ der Konventionen für die ihnen von den Nationalliberalen gemachten Konventionen verschiedenster Art. Zwei Tage nach der Wahl schrieb der „Döbeln. Anz.“ mit wohlwollender Bitterkeit: „Daß die Sache ernst war und ganz Deutschland mit höchster Spannung dem Ausfall der Döbelner Wahl entgegen sah, haben wir wiederholt betont, und auch die „Döbeln. Anz.“, das Organ der Landwirte, hat die landwirtschaftlichen Wähler mehrmals dringend gemahnt, alle Bedenken beiseite zu stellen und mit aller Entschiedenheit für Dasse einzutreten. Umso wunderlicher ist es, daß der Bund der Landwirte ebensowenig wie die konservative Partei sich an der Wahltagung beteiligen haben. Nicht ein einziger konservativer oder landwirtschaftlicher Redner hat mitgewirkt, der national-liberalen Partei und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wurde der Wahlkampf allein überlassen.“ Man hätte nun meinen sollen, die konservative Partei oder eines ihrer Organe würde daraufhin ein Wort der Entschuldigung gefunden haben. Nichts dergleichen! Mit einem kräftigen Fußtritt speist das Döbeln-Blatt, die „Döbeln. Anz.“ seine übrigen Wahlgehilfen ab. „Woher“, fragt das Blatt, „hat der freisinnige Kandidat seine Stimmen erhalten? Die Konservativen, die Antisemiten und der Bund der Landwirte haben die Kandidatur Dasse mit allem Eifer unterstützt. Im Stiche gelassen wurde er von seinen eigenen Parteigenossen. Von den bei der letzten Wahl (1903) abgegebenen 6484 nationalliberalen Stimmen ist etwa die Hälfte dem freisinnigen Kandidaten zugute gekommen. . . . Eine Partei, die nicht sowohl Disziplin besitzt, daß sie ihre eigenen Anhänger bei der Stange hält, die nicht verhindern kann, daß diese Anhänger zum großen Teile in das gemeinerliche Lager übergehen, ist absolut nicht mehr bündnisfähig. Die Einigungspolitiker mögen und müssen daraus lernen.“ Und dabei sind es gerade die Herren Konventionen, die dem gepregelten sächsischen Kartell umhülligen Angehörigen die schärfsten Töne nachweisen, eben weil die Herren auf der äußersten Rechten ganz genau wissen, daß sie dem Abwirtschäften beinahe ebenso nahe sind, wie ihre heutigen Bundesbrüder, die Antisemiten. In nationalliberalen Kreisen aber wird man sich das Verhalten der undankbaren konservativen Gesellschaft hoffentlich merken und zu gegebener Zeit die Konsequenzen zu ziehen wissen.

Ueber die beiden anderen Wahlen ist heute nicht viel mehr zu sagen. In Stade steht bekanntlich Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen und dem Sozialdemokraten bevor; es darf aber als ziemlich sicher erwartet werden, daß der Kreis der Nationalliberalen erhalten bleiben wird. Und in Daverleben ist die Sache bereits entschieden, indem dort die Dänen das Feld behaupteten. Es wäre ein Wunder gewesen, wenn es anders gekommen wäre. Die braunschweigische Frage ist für drei Monate auf den „toten Strand“ getreten, und danach dürfte höchstwahrscheinlich werden, was unter den obliegenden Verhältnissen das Naheliegendste ist: man wird es beim Provisorium lassen, also einen Neuwahl wählen. Die Entscheidung allerdings liegt heute noch beim Bundesrat. Er wird sich, falls man dort sich doch nicht auf den für die Herzogskrone als Preis geforderten Verzicht auf Hannover zu verstehen vermag, dann nicht über Mangel an Rücksichtnahme beklagen dürfen. Der Warte sind genug gewechselt . . .

Auf wirtschaftlichem Gebiet hatten wir als lauerndes Bepens den drohenden Kohlenarbeiterstreik vor der Tür. In letzter Stunde nun scheint man sich in den Kreisen der Gewerbetreibenden denn doch eines Besseren besonnen zu haben, indem man sich wenigstens zu einigen Konzessionen, von denen eine das Herbeiführen zu Verhandlungen mit der Arbeiterschaft ist, verstand. Daß dies so kam, wird man entschieden mit der scharfen Sprache zuschreiben haben, die dieser Tage erst in der halboffiziösen „Nordd. Allg. Ztg.“ den Ton zur Musik machte. Es wurde zwar amtlich in Rede gestellt, daß damit die Regierung nicht in Verbindung stünde, daß das, was mit so erfreulicher Offenheit gesagt wurde, vielmehr Privatansicht der Redaktion sei. Nun, es hätte nichts geschadet, wenn man in Berlin auch in der Wilhelmstraße sich einmal — wie man zu sagen pflegt — auf seine Haut besonnen hätte. Aber gelassen scheint der Ton der Wilhelmsstraße doch zu haben. Von den übrigen Lohnbewegungen, die wir als „tägliches Brot“ außerdem zu verzeichnen haben, interessiert nur noch der Streik der Eisenarbeiter. Doch ist dieser noch in einem Stadium, daß sich heute noch kein Ausgang absehen läßt.

Ueber dem Dreibund wölbt sich jetzt ein klarer und sonniger Himmel, nachdem lange genug das Gewölke am Horizont gestanden. In Italien weht seit einiger Zeit wieder ein recht deutschfreundlicher Wind, und jetzt, wo der deutsche Staatssekretär v. Tschischky am Abendstand weilt, fließt man wieder einmal über in der Verherrlichung des Dreibundes, als könnte es nicht Schöneres geben auf dem weiten Erdenrund. Bei den Römern scheint sich eben gegenwärtig nach dem französischen Zaumel das Erwachen nach dem Kampf, so ein gelinder Selbsthater, einzustellen, und ernstlich erkennt man, daß von den neuen Freunden schwerlich viel zu erwarten ist. So kehrt man eben, die wir das Klügste ist, zur alten Liebe zurück und sieht recht schön Versöhnung. Denn schon bei der ersten Gelegenheit, in der es zu einer Verständigung zwischen Italien und Frankreich kommen sollte, mußte man in Rom die unerfreuliche Erfahrung machen, daß Frankreich den italienischen Plänen in Absichten die größten Schwierigkeiten in den Weg legte. Zu einem Vertragsabschluss also konnte es da nicht kommen. Und ein Berliner Weltweiser hand außerdem am Himmel. Was Wunder also, wenn man das Altbewährte, den Schutz Deutschlands, sich lieber sichert: als das recht fragwürdige Wohlwollen der Herren an der Seine, die über kurz oder lang doch den Haupttauchen aus einem franco-italienischen Bündnis gezogen hätten!

Auch der Personenwechsel im österreichisch-ungarischen Ministerium des Inneren kann, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, der Dreibundpolitik keine Veränderung bringen. In Wien vor allem wird man froh sein, daß wenigstens zu den inneren Affären nicht auch noch die äußeren Sorgen kommen. Wie sich Baron v. Lehrenthal anlassen wird, wird man natürlich auch erst abwarten müssen. Denn aus seiner bisherigen Petersburger Bolschajewität läßt sich beim besten Willen kein Prognostikon für die künftige Gestaltung der äußeren Politik der Donaumonarchie stellen.

Frankreich steht noch immer unter dem unmittelbaren Eindruck der Kabinett-Neubildung durch Clemenceau, aus dessen Laten als Ministerpräsident man mit vollem Recht gespannt sein darf. Wir halten den gewählten Journalisten von ehedem doch für zu schlau, als daß er seine Ideen, die er mit großer Leidenschaftlichkeit als Zeitungsmann verfocht, nun als verantwortlicher Politiker in die Praxis umsetzen wird. Von irgendwelchen Laten o. v. weltanschaulichen Plänen haben die neuen Minister natürlich noch nicht verstanden lassen. Das ist auch kaum möglich; jezt heißt es zunächst, sich erst einmal zusammenfinden und im Innern des Ka-

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden allgemeinen Einschätzung zur **Einkommen- und Erbschaftsteuer** werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration des steuerpflichtigen Einkommens und Vermögens ausgesendet.

Denjenigen, welchen eine derartige Aufforderung nicht zugesendet wird, steht es frei, Deklarationen über ihr Einkommen bez. ihr erbschaftsteuerpflichtiges Vermögen bis **zum 20. November dieses Jahres** bei dem unterzeichneten Stadtrate einzureichen. Zu diesem Zwecke werden bei letzterem Deklarationsformulare unentgeltlich verabfolgt.

Selbstverständlich werden alle Vertreter von Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, ingleichen alle Vertreter von juristischen Personen (Stiftungen, Anstalten, eingetragenen Vereinen, eingetragenen Genossenschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung u. s. w.), sowie die Vertreter von sonstigen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Personenvereinen und Vermögensmassen aufgefordert, für die Vertretenen, so weit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen oder erbschaftsteuerpflichtiges Vermögen haben, Deklarationen bei dem unterzeichneten Stadtrate auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderung nicht zugehen sollte. Frankenberg, am 25. Oktober 1906.

Der Stadtrat.

Die Gemeinde-Sparkasse Flöha

verzinst Spareinlagen mit $3\frac{1}{2}\%$. **Expeditionszeit:** an jedem Werktage vorm. 8 bis 12, nachm. 2 bis 5 Uhr. **Durch die Post bewirkte Einlagen werden schnell expediert.** — Fernsprecher Nr. 19.

binetti die Einigkeit herstellen. Dann erst kann man mit dem Programm vor der der Dinge harrenden Öffentlichkeit erscheinen. So steht man also auch bezüglich Frankreichs erst an der Schwelle kommender Ereignisse.

An der Thronse ist das Parlament wieder zusammengetreten, um in der bevorstehenden Session vor allem die Frage der Arbeiterfürsorge und des Unterrichts zu regeln. Gleich bei der Eröffnung kam es zu einem heillosen Spektakel. Indessen war dieser nicht von Parlamentsmitgliedern, sondern von rabiaten Frauenrechtlerinnen herbeigeführt worden, die durch derartige Demonstrationen für ihre Sache zu wirken hofften. Das widerliche Schauspiel hat zwar mit der Politik so gut wie nichts gemein, es zeigt aber, daß es bis zur politischen Gleichstellung der Frau mit dem Manne denn doch noch gute Wege hat. Denn auf besondere politische Reife weist das Vorgehen der Frauenrechtlerinnen keineswegs. In Romauchen wenigstens können wir niemals tatsächliche Reife erblicken.

Deutliches und Sächsisches.

(Der Nachdruck unserer Deutlichen Originalberichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)
Frankenberg, 27. Oktober 1906.

† Die sächsische Landesynode hat gestern in bezug auf die Feier des Epiphaniastages erklärt, daß vom kirchlichen Standpunkt kein Anlaß vorliege, an der im kirchlichen Volksbewußtsein hochgehaltenen Feier des Epiphaniastages eine Abänderung einzusetzen zu lassen, jedoch für den Fall, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit der Ständerversammlung aus überwiegenden Gründen der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes die Aufhebung der Feier für angezeigt halten sollte, das Kirchenregiment zum Erlaß einer Verordnung zu ermächtigen, durch welche die Verlegung auf den dem Epiphaniastag folgenden Sonntag, der als erster Epiphaniastag zu gelten hat, möglich ist.

†z. Für die Lose der XII. Sächsischen Pferdebesitzer-Lotterie macht sich schon jetzt rege Nachfrage geltend. Diese Lose à 1 Mark sind seit Jahren schon immer lange vor dem festgesetzten Ziehungstermin vergriffen gewesen, und da die diesjährige Ziehung am 4. Dezember stattfindet, mögen sich Interessenten noch rechtzeitig mit Losen versehen. Betreffs Bezugs derartiger Lose verweisen wir auf das Inserat in vorliegender Nummer.

— Chemnitz. Einverleibungen von Bororten zur Stadt stehen wieder bevor. Schon früher hat in Furtch der **Einverleibungsgedanke** Platz gegriffen. Daß er noch nicht in die Tat umgesetzt wurde, liegt jedenfalls nicht an Furtch, das dem Gedanken noch immer nachhängt und seine Ortbestimmungen über das Straßens-, Fußwege- und sonstige Baugesetze schon nach sächsischen Mustern zugeschnitten hat. Eine Frage der Zeit ist auch die Einverleibung des Borortes **Heibersdorf**, der seinen ehemals rein ländlichen Charakter beinahe ganz abgestreift hat. Die Einverleibung dieses Ortes würde wie diejenige der Borortsgemeinde **Bernsdorf** eine Abrundung des Stadtplanes bringen, nachdem der frühere Borort **Alchemnitz** in die Stadt aufgegangen ist, der einer Junge gleich sich bis an Hartbau erstreckt und zwischen Heibersdorf und Bernsdorf sich hinausstreckt.

— Freiberg. In einem Abort der Kaserne des hiesigen 1. Jägerbataillons Nr. 12 wurde der Aktur **Stöber** von der 2. Kompanie **erhängt** aufgefunden. Der Grund zu der Tat ist bisher unbekannt. Er war vor 14 Tagen erst eingezogen.